

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Christian Freudlsperger

**Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene
Vom 03. bis zum 09. Oktober 2011**

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Wirksamere EU-Strukturpolitik 2014-2020

Nach dem Legislativpaket der Kommission vom 06.10. soll sich die Mittelvergabe sowohl in der Regionalförderung als auch aus dem Europäischen Sozialfonds künftig auf einige wenige Prioritäten gemäß der Agenda Europa 2020 konzentrieren. In Partnerschaftsvereinbarungen, die die Mitgliedstaaten mit der Kommission schließen, werden klare Zielvorgaben festgelegt, und Regionen, die beim Erreichen dieser Ziele am besten abschneiden, können künftig mit einer Belohnung rechnen. Wenn EU-Mittel andererseits wegen mangelnder Verwaltungskapazitäten oder durch unsolides Wirtschaften nicht wirkungsvoll verwendet werden, soll die Kommission zukünftig die Finanzierung aussetzen können. Bei der Regionalförderung wird eine neue Förderkategorie der sogenannten "Übergangsregionen" mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 75 und 90 % des EU-weiten Durchschnitts vorgesehen. Im Paket enthalten sind auch Vorschläge für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und für ein neues Programm für sozialen Wandel und soziale Innovation.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1159&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/proposals_2014_2020_en.cfm

2. Rat billigt Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung („Sechspack“)

Der Ecofin-Rat billigte am 04.10. das vom Europäischen Parlament am 26.09. verabschiedete Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung. Dieses sieht vor, dass auch bei Verstößen im präventiven Teil des Stabilitäts- und Wachstumspakts Sanktionen quasi-automatisch verhängt werden. Neu sind auch konkrete Verpflichtungen zum Abbau von Staatsverschuldung über 60%/BIP. Außerdem gibt es erstmals Sanktionen bei Nichtbefolgung von Empfehlungen zur Beseitigung von Mängeln bei der Wettbewerbsfähigkeit im Eurogebiet. Der Rat wird die sechs Rechtsakte ohne weitere Diskussion förmlich verabschieden sobald die finalisierten Übersetzungen in allen Amtssprachen vorliegen. In einer gesonderten EntschlieÙung rief der Rat zur strikten Befolgung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124882.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124898.pdf

3. Deutschland offen für EU-Vertragsänderungen

Nach dem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 05.10. sah sich Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso von der Bundesregierung in seinem Bemühen unterstützt, die Wirtschafts- und Schuldenkrise in der EU durch mehr Integration zu überwinden. Die Bundeskanzlerin habe deutlich gemacht, dass sie auch bereit sei, den EU-Vertrag zu ändern, falls der gerade reformierte, strengere Stabilitätspakt noch nicht ausreichen sollte, für gesündere Staatsfinanzen in der Euro-Zone zu sorgen, sagte Barroso. Die Bundeskanzlerin sprach sich auch für noch mehr Finanzmarktregulierung aus. „Die Menschen in Europa sind noch nicht überzeugt, dass die Finanzmärkte die nötige Regulierung überall bekommen haben“, sagte sie. Alles, was auf G20-Ebene dazu verabredet worden sei, müsse umgesetzt werden. „

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/637>

4. Stärkere Beteiligung nationaler Parlamente am EU-Arbeitsprogramm

Beim Treffen der Vorsitzenden der Europaausschüsse der nationalen Parlamente (COSAC) am 04.10. in Warschau rief Kommissionsvizepräsident Maroš Šefcovic die Parlamentarier zu einem größeren Engagement bei der Festlegung des Arbeitsprogramms der Kommission auf.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/627&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

5. Jörg Asmussen förmlich als EZB-Direktoriumsmitglied vorgeschlagen

Der Ecofin-Rat schlug am 04.10. einstimmig den bisherigen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jörg Asmussen, als Nachfolger von Chefvolkswirt Jürgen Stark im Direktorium der Europäischen Zentralbank vor. Der EZB-Rat bestätigte am 06.10., dass Herr Jörg Asmussen eine in Währungs- oder Bankfragen anerkannte und erfahrene Persönlichkeit ist. Der EZB-Rat hat keine Einwände gegen die Ernennung. Nach einer Stellungnahme des Europäischen Parlaments fasst der Europäische Rat voraussichtlich am 17./18.10. mit den Stimmen der Mitglieder, die dem Euro-Währungsgebiet angehören, den Beschluss über die Ernennung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124904.pdf

http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr111006_2.de.html

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Konsolidierung der strategischen Partnerschaft zwischen EU und Brasilien

Das 5. Gipfeltreffen zwischen der EU und Brasilien, das am 4. Oktober in Brüssel stattfand, befasste sich insbesondere mit den folgenden Themen: Klimawandel und UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung „Rio plus 20“, internationale Finanz- und Wirtschaftslage und G-20-Prozess der multilateralen Zusammenarbeit, Energie, Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur sowie Investitionen und Handel.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1138&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/651&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Rat bestätigt Finanzierung von Klimazielen in Entwicklungsländern

Der Ecofin-Rat bestätigte am 04.10. die Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, den Entwicklungsländern für die Jahre 2010-2012 eine Starthilfe in Höhe von 7.2 Mrd. EUR zukommen zu lassen. Bis zum Jahr 2020 soll die Gesamthilfe auf 100 Mrd. USD jährlich hochgefahren werden, von denen die EU einen angemessenen Teil übernehmen will.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124887.pdf

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. ESF hat Schlüsselrolle für Erfolg der Strategie Europa 2020

Bei der Aussprache im Rat Beschäftigung am 03.10. bestand Übereinstimmung dahingehend, dass dem Europäischen Sozialfonds (ESF) eine bedeutende Rolle zukomme wenn es um den Erfolg der Strategie Europa 2020 gehe. So sollte der ESF die Mitgliedstaaten insbesondere dabei unterstützen, die Flexicurity-Grundsätze in ihre Arbeitsmarktpolitik zu integrieren. Die Mitgliedstaaten sollten den ESF auch für die Heranbildung von Arbeitskräften, deren Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen, und die Förderung des lebenslangen Lernens nutzen. Ferner sollte er bei der Bekämpfung der Armut eingesetzt werden. Notwendig sei auch eine Verschlinkung der Verfahren und eine Abstimmung mit den anderen Strukturfonds. Kontrovers blieb die Einführung von Ex-Ante und Ex-Post Konditionen, um die effektive Nutzung von Mitteln sicherzustellen.

<http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus.aspx?lang=de&focusID=77208>

2. Mittel aus Globalisierungsfonds für Deutschland und Portugal

Der Rat bewilligte am 04.10. für Arbeitslose im deutschen Automobilsektor 4.3 Mio. EUR und für frühere Beschäftigte der deutsch-portugiesischen Schuhfabrik Rohde 1.4 Mio. EUR.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124904.pdf

(Council Ecofin)

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. Frankreich und Kommission weiter für Nahrungsmittelhilfe für Bedürftige

Die Kommission legte am 03.10. ein geändertes Programm für die Nahrungsmittelhilfe vor. Hierdurch wird als weitere Rechtsgrundlage der soziale Zusammenhalt eingefügt. Kommissar Dacian Cioloș sagte, dass auf die Aufforderung des EP hin und einiger Mitgliedsstaaten die Kofinanzierung herausgenommen wurde. Die Kommission hofft, hiermit die Sperrminorität im Rat von Deutschland, Großbritannien, Schweden, den Niederlanden, Dänemark und Tschechien aufzubrechen zu können. Das Ausscheren eines Landes würde genügen. Die ersten vier Staaten haben aber am 03.10. im Rat Beschäftigung ihren Standpunkt bekräftigt; Dänemark und Tschechien haben sich nicht geäußert. Frankreich bestand massiv auf dem Programm. Deutschland lehnt es ab, da es sich um Sozialpolitik handelt, für die die EU nicht zuständig ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1148&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st14/st14670.en11.pdf>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Kommission will Online-Einkäufe erleichtern

Nach den Ergebnissen von neueren Testkäufen sind grenzüberschreitende Lieferungen zuverlässig, aber nur wenige Händler in der EU verkaufen ins Ausland. 94 % aller Bestellungen wurden ordnungsgemäß geliefert (2003 66 %), und nur 1 % der gelieferten Produkte waren nicht vertragskonform. Probleme habe es jedoch bei der Rückgabe fehlerhafter Produkte gegeben. Außerdem eigneten sich 60% aller Websites, die sich angeblich für problemloses grenzüberschreitendes Einkaufen besonders eignen, im Endeffekt nicht. So habe es Mängel in Bezug auf Lieferung, Zahlung und angebotene Sprachversionen gegeben. Bis Ende des Jahres 2011 möchte die Kommission deshalb ihre Vorstellungen zu diesem Thema zusammen mit einem Aktionsplan zur Unterstützung der Verbraucher in der EU vorlegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/consumers/ecc/consumer_reports_en.htm

b) Wettbewerbsrecht

1. Kein nationaler Gebietsschutz für Bezahlfernsehen

Im Falle der Benutzung griechischer Decoderkarten für die Betrachtung britischer Fußballspiele in Großbritannien, entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen, dass ein Lizenzsystem für die Weiterverbreitung von Fußballspielen, das Rundfunkanstalten eine gebietsabhängige Exklusivität für einzelne Mitgliedstaaten einräumt und den Fernsehzuschauern untersagt, diese Sendungen in den anderen Mitgliedstaaten mittels einer Decoderkarte anzusehen, gegen das Unionsrecht verstößt. Für die Aufführung in Gaststätten bedürfe

jedoch die Übertragung urheberrechtlich geschützter Werke – wie die Auftaktvideosequenz oder die Hymne der Premier League – der Zustimmung der Urheber. Die Fußballspiele selbst genossen keinen solchen Schutz.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-10/cp110102de.pdf> (PM EuGH)

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Auszahlung der nächsten Tranche der Finanzhilfe für Griechenland vertagt.

Bei ihrem Treffen am 03.10. haben die Finanzminister der Eurozone ihre Entscheidung über die Auszahlung der nächsten Tranche der Finanzhilfe für Griechenland auf November vertagt. Gewartet wird bis die Troika (Kommission, EZB und IWF) ihren Bericht vorlegt. Der luxemburgische Premierminister Juncker hielt fest, dass niemand in der Euro-Gruppe eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands in Betracht gezogen habe. „Niemand hat für einen Austritt Griechenlands aus dem Euro-Währungsgebiet plädiert“, so Juncker weiter. Die Finanzminister verständigten sich auch auf die Sicherheiten, die alle Mitgliedstaaten als Ausgleich für ihre Beiträge zur Griechenlandhilfe fordern können. Es handelt sich um Anleihen über 15 bis 30 Jahre. Nur Finnland wird hiervon Gebrauch machen.

<http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus.aspx?lang=de&focusID=77254>

2. Kommission drängt auf Rekapitalisierung von Banken

In einem Interview am 06.10. berichtete Kommissionspräsident Barroso, dass die Kommission den Mitgliedstaaten einen koordinierten Ansatz bei der Rekapitalisierung von Banken vorschläge. Die Kommission werde auch einen Vorschlag zur persönlichen Haftung von Managern in Finanzinstituten unterbreiten. Bestimmte Verhaltensweisen müssten unter Strafe gestellt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/668&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Krisenmaßnahmen für Banken werden verlängert

In einer Rede am 04.10. kündigte Kommissionsvizepräsident Joaquín Almunia an, dass angesichts der fortdauernden Krise die Sondermaßnahmen für Beihilfen für Banken bis 2012 verlängert würden. Seit Oktober 2008 seien in Bezug auf 25 Banken Restrukturierungsentscheidungen ergriffen worden. 11 weitere Banken wurden abgewickelt. Die einzige negative Entscheidung habe eine kleine portugiesische Bank betroffen. Derzeit arbeite die Kommission an Restrukturierungsplänen für 21 weitere Banken. Diese Zahl könne in Kürze zunehmen. Alle Entscheidungen setzten voraus, dass langfristig die Rentabilität ohne staatliche Zuschüsse gewährleistet sei und dass die Banken die erhaltenen Hilfen vergüten und zurückzahlen. Wettbewerbsverzerrungen zulasten nichtsubventionierter Konkurrenten würden beschränkt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/632&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

4. Europäische Zentralbank hält Zinsniveau konstant

Auf seiner Sitzung am 06.10. in Berlin beschloss der EZB-Rat, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1.50 %, 2.25 % bzw. 0.75 % zu belassen. EZB-Präsident Trichet begründete dies mit einer deutlich über 2% liegenden Inflation. Im September habe die Inflation bei 3% gelegen und im August bei 2.5%. In der zweiten Jahreshälfte sei weiterhin mit sehr schwachem Wirtschaftswachstum zu rechnen. Im Sommer haben Analysten wegen der Inflation noch mit einer weiteren Leitzinserhöhung gerechnet. Andere hatten vor kurzem wegen der schwachen Wirtschaftsentwicklung auf eine Leitzinssenkung bis auf 1% spekuliert. Hierüber ist im EZB-Rat diskutiert und im Konsens abgestimmt worden.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr111006.de.html>

<http://www.ecb.int/press/pressconf/2011/html/is111006.en.html>

5. Europäische Zentralbank beteiligt sich nicht an Rettungsfonds EFSF

In der Pressekonferenz am 06.10. berichtete EZB-Präsident Trichet, dass der EZB-Rat eine Hebelung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) durch die EZB ablehne. Trichet machte auch klar, dass es Aufgabe des EFSF sei, Staatstitel auf dem Sekundärmarkt aufzukaufen.

<http://www.ecb.int/press/pressconf/2011/html/is111006.en.html>

6. Europäische Zentralbank garantiert weiterhin Preisstabilität

In seiner letzten Rede vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments am 04.10., bekräftigte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, dass die EZB an ihrem Ziel festhalten werde, Preisstabilität zu garantieren. Dies bedeute mittelfristig eine Inflationsrate von unter, aber nahe zwei Prozent. Auf eine Frage, ob die EZB vor kurzem Empfehlungen an die spanische Regierung geschickt habe, antwortete Trichet nicht direkt. Er ließ aber anklingen, dass es sehr wichtig sei, die Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Die EZB übermittle den Mitgliedstaaten regelmäßig Empfehlungen. Trichet wies auch darauf hin, dass die EZB und das EP gemeinsam Erfolge bei der Stärkung der Aufsicht über die Finanzmärkte und bei der wirtschaftspolitischen Steuerung erzielt hätten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20111003IPR28086/html/Parting-words-from-Jean-Claude-Trichet>

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp111004.en.html>

7. „Blauer Brief“ der EZB an italienische Regierung veröffentlicht

Die italienische Zeitung Corriere della Sera veröffentlichte das vertrauliche Schreiben von EZB-Präsident Trichet und dem italienischen Notenbankpräsidenten Draghi vom 05.08. im englischen Original. Dieses fordert bis Ende September Maßnahmen zur Wachstumssteigerung durch Förderung des Wettbewerbs, einen effizienteren Arbeitsmarkt, eine glaubhafte Reformstrategie, Liberalisierungen, Privatisierungen, Steuermaßnahmen, Defizitbekämpfung, Änderung des Rentensystems, Vorziehen des ausgeglichenen Haushalts von 2014 auf 2013 und schon 2012 eine öffentliche Verschuldung von nur noch einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Notwendig seien

auch eine Schuldenbremse in der Verfassung und eine Verwaltungsreform zur Steigerung der Effizienz und zum Abbau von Zwischeninstanzen wie den Provinzen.

http://www.corriere.it/economia/11_settembre_29/trichet_draghi_inglese_304a5f1e-ea59-11e0-ae06-4da866778017.shtml

8. Einigung im Rat über Regulierung von Derivatkontrakten

Bei ihrem Gipfeltreffen am 26. 09.09 in Pittsburgh vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der G20, dass alle standardisierten OTC-Derivatkontrakte spätestens Ende 2012 über zentrale Gegenparteien abgerechnet und OTC-Derivatkontrakte an Transaktionsregister gemeldet werden sollten. Der Ecofin-Rat einigte sich am 04.10. auf eine allgemeine Ausrichtung zur Umsetzung dieser Prinzipien. Die Transparenz außerbörslich ("over the counter") gehandelter Derivate (OTC-Derivate) sei unzureichend, da sie privat ausgehandelte Verträge sind und jegliche Informationen dazu in der Regel nur den Vertragsparteien vorliegen. Das Europäische Parlament forderte am 15.06.10 eine Clearing- und Meldepflicht für OTC-Derivate. Der Rat strebt nunmehr mit dem EP eine Einigung in erster Lesung an.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/124903.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14544.de11.pdf>

9. KMU weiterhin das wirtschaftliche Rückgrat der EU

Nach dem Bericht der Kommission über KMU im Jahr 2010 bilden die KMU weiterhin das wirtschaftliche Rückgrat der EU. 2010 waren im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen EU-Wirtschaft fast 20,8 Millionen KMU tätig; davon waren 19,2 Millionen Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Insgesamt entfielen auf die KMU mehr als zwei Drittel (87,5 Millionen) aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft der EU. Ihr Anteil an der Gesamtbruttowertschöpfung betrug 58,4 %; der Rest entfällt auf die 43 000 Großunternehmen, die nur 0,2 % aller EU-Unternehmen ausmachen. Es wird davon ausgegangen, dass die Zahl der KMU 2011 um 0,9 % und ihre Bruttowertschöpfung um 3,9 % zunehmen wird. Die Beschäftigtenzahl dürfte nach einem zwei Jahre währenden Rückgang um 0,4 % steigen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1149&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/661&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

10. Zugang der KMU zu Krediten erschwert

Die Wirtschaftskrise hat kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu Bankkrediten erschwert. Der Anteil erfolgloser Kreditanträge erhöhte sich zwischen 2007 und 2010 in 19 der 20 Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen. Die höchsten Anstiege von erfolglosen Kreditanträgen wurden in Bulgarien (von 3% im Jahr 2007 auf 36% in 2010), Irland (von 1% auf 27%) und Lettland (von 4% auf 26%) beobachtet. Der Anteil erfolgloser Anträge verringerte sich nur in Schweden (von 9% auf 6%). In Deutschland nahm die Zahl der erfolglosen Kreditanträge von 6.7 auf 8.2% zu. Für Österreich liegen keine Zahlen vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Währung und Finanzen

1. Geldpolitik kein Ersatz für Strukturreformen

In einer Rede am 24.09. bekräftigte EZB-Direktionsmitglied Jürgen Stark erneut, dass es ein Irrtum sei, dass mit einer lockeren Geldpolitik die derzeitigen Strukturprobleme gelöst werden könnten. Immer dann wenn Zentralbanken Aufgaben über ihre Rolle als Wächter des Geldwerts hinaus übernommen hätten, habe die Preisstabilität gelitten. Notwendig sei ein anderes Wachstumsmodell als vor der Krise. Der Nachdruck müsse auf Produktivitätszuwachs und nicht auf niedrigen Zinssätzen und der Anhäufung von Schulden liegen. Die grenzenlose Ausweitung von öffentlichen und privaten Schulden vor der Finanzkrise sei nunmehr eine Belastung für das Wirtschaftswachstum und müsse allmählich abgebaut werden. Erforderlich seien auch eine bessere Überwachung der Finanzmärkte und eine stärkere Haushaltskontrolle.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp110924.en.html>

2. Geringerer Zuwachs an Staatstiteln bei Europäischer Zentralbank

In der Woche zum 30.09. stieg der Wert der im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte getätigten Ankäufe der EZB auf insgesamt 160.7 Mrd. EUR. In den beiden vorausgegangenen Wochen hat die EZB jeweils für etwa 4 Mrd. EUR Staatsanleihen gekauft. Präsident Jean-Claude Trichet ließ am 28.09. in einem Interview mit der italienischen Zeitung Corriere della Sera durchblicken, dass die EZB diese Maßnahmen in den letzten Monaten durchgeführt hat weil die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität noch nicht eingerichtet ist. Bei seiner Aussprache im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments am 04.10. machte Trichet auch klar, dass die EZB nur zur Sicherung der Geldpolitik bei Marktversagen und nicht zur Rettung von Staaten Anleihen aufkaufe.

<http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs111005.de.html>

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp110928.en.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Kommission macht Vorschläge für europäisches Vertragsrecht

Die Europäische Kommission legt am 11.10. Vorschläge für eine Harmonisierung des europäischen Vertragsrechts vor. Zwischen den 27 europäischen Mitgliedstaaten gibt es immer noch große Unterschiede im Vertragsrecht, die den Handel mit dem Ausland vor allem für kleine Unternehmen teuer und kompliziert machen. EU-Vizepräsidentin Viviane Reding wird die Vorschläge präsentieren.

http://ec.europa.eu/justice/contract/index_de.htm

b) Inneres

1. Diskussion im Rat über neues Fahrtenschreibersystem

Am 19. 07. hat die Kommission den Vorschlag für eine Änderung der Verordnung über das Kontrollgerät im Straßenverkehr vorgelegt. Damit soll eine bessere Durchsetzung der Sozialvorschriften und eine Verringerung von Verwaltungslasten erzielt werden. Außerdem soll die Betrugsanfälligkeit des Fahrtenschreibersystems angegangen werden. Die Aussprache im Rat am 06.10. zeigte, dass die Beratungen noch am Anfang sind. Eine Reihe von Mitgliedstaaten zeigte sich skeptisch bezüglich des Nutzens der vorgeschlagenen Maßnahmen. Einige Mitgliedstaaten wünschten eine ausführlichere Kosten-Nutzen-Analyse sowie eine Analyse für jede einzelne vorgeschlagene Maßnahme. Außerdem wurde eine ausführliche Analyse der Auswirkungen der Maßnahmen angeregt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/124961.pdf

(Council Transport)

VIII. Umwelt

1. Einbeziehung des internationalen Luftverkehrs in Emissionshandelssystem

Nach Ansicht von Generalanwältin Juliane Kokott ist die Einbeziehung des internationalen Luftverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem mit dem Völkerrecht vereinbar. Erstmals für das Jahr 2012 müssen alle Fluggesellschaften – auch solche aus Drittstaaten – für ihre Flüge von und zu europäischen Flugplätzen Emissionszertifikate erwerben und einlösen. Hiergegen hatten mehrere Fluggesellschaften und Vereinigungen von Fluggesellschaften mit Sitz in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) bzw. in Kanada vor dem High Court of Justice of England and Wales Klage auf Nichtigerklärung der Umsetzungsmaßnahmen des Vereinigten Königreichs erhoben. Die Richter des Gerichtshofs treten nunmehr in die Beratung ein. Das Urteil wird zu einem späteren Zeitpunkt verkündet.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-10/cp110104de.pdf> (PM EuGH)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/666&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Statement Kommissarin Hedegaard)

2. Klimawandel wichtiger als Wirtschaftskrise

Der Klimawandel macht den Europäern mehr Sorge als die wirtschaftliche Lage. Dies ist das Ergebnis einer am 07.10. veröffentlichten Eurobarometer-Sonderumfrage. Für 51 % der Europäer ist er die größte globale Bedrohung (Deutschland 66%). 45% der Europäer sehen die wirtschaftliche Situation als größtes Problem (Deutschland 27%). Vier Fünftel in der EU und in Deutschland sind der Ansicht, dass die Bekämpfung des Klimawandels und ein effizienter Energieverbrauch Wirtschaft und Beschäftigung fördern können. 68 % sprachen sich dafür aus, die Besteuerung stärker am Energieverbrauch auszurichten. In jedem Mitgliedstaat war eine Mehrheit für eine solche Verlagerung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1162&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_379_360_en.htm#372

IX. Verkehr

1. Engere Zusammenarbeit im Verkehrsbereich mit Nachbarstaaten der EU

Der Rat begrüßte am 06.10. die Mitteilung der Kommission "Die EU und ihre Nachbarregionen: Ein neues Konzept für die Zusammenarbeit im Verkehrsbereich". Notwendig sei eine bessere Verkehrsinfrastruktur und eine stärkere Marktintegration. Hervorgehoben werden die Erweiterung des gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums auf Drittstaaten, die Interoperabilität der Eisenbahnsysteme und die Vereinfachung der Grenzförmlichkeiten. Die Entwicklung strategischer Verkehrsinfrastrukturnetze und die Durchführung prioritärer Projekte von gemeinsamem Interesse für die EU und die Nachbarländer – darunter die "Meeresautobahnen" und der Zugang zu multimodalen Knotenpunkten –, die das transeuropäische Verkehrsnetz mit der Infrastruktur der Nachbarländer verbinden, sollten vorangebracht werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/124961.pdf

(Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14712.de11.pdf> (Schlussfolgerungen)

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Öffentliche Konsultationen über den Zugang zu Telekom-Netzen

Die Kommission hat bis 28.11. zwei öffentliche Konsultationen über den Zugang alternativer Betreiber zu Telefonfestnetzen und Breitbandnetzen etablierter Betreiber eingeleitet. Gegenstand der ersten Konsultation ist der diskriminierungsfreie Zugang alternativer Betreiber zu Infrastruktur und Diensten marktbeherrschender Telekommunikationsbetreiber. Die zweite Konsultation betrifft die Methode, nach der die nationalen Regulierungsbehörden die von den Betreibern für diesen Zugang auf Vorleistungsebene zu zahlenden Preise berechnen (Verpflichtung zur Kostenorientierung). Die Ergebnisse der Konsultationen werden der Kommission dabei helfen, Empfehlungen für eine einheitliche, investitionsfördernde Anwendung von Nichtdiskriminierungs- und Preiskontrollmaßnahmen zu formulieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1147&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

1. Eingangsgehälter von Lehrern in Deutschland über EU-Durchschnitt

Deutschland gehört neben Spanien und Portugal zu den drei EU-Ländern, in denen die Eingangsgehälter von Lehrern über dem nationalen Pro-Kopf-BIP liegen. Ein am 04.10. von der

Kommission veröffentlichter Bericht hat die Gehälter von Lehrern und Schulleitern in öffentlichen Schulen in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen und der Türkei verglichen. In fast allen europäischen Ländern liegen die Brutto-Eingangsgehälter für Lehrer unter dem nationalen Pro-Kopf-BIP – und nur in einigen wenigen Mitgliedstaaten verdoppelt sich ihr Einkommen im Laufe ihres Arbeitslebens. Die Lehrer in Luxemburg, Dänemark und Österreich sind die bestbezahlten in der EU. Kommissarin Androulla Vassiliou sagte: "Wir müssen die besten Absolventen ermutigen, Lehrer zu werden – und zu bleiben."

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1153&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Kultur

1. EU und Brasilien unterzeichnen Abkommen über verstärkte Zusammenarbeit

Kommissarin Androulla Vassiliou und Ana de Hollanda, brasilianische Staatsministerin für Kultur, unterzeichneten am 04.10. einen auf vier Jahre angelegten gemeinsamen Aktionsplan mit den Schwerpunkten kulturelle Vielfalt, kulturelles Erbe und Entwicklung einer nachhaltigen Kultur- und Kreativitätswirtschaft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1152&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>